

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Schweizerische Bauzeitung**

Band (Jahr): **101/102 (1933)**

Heft 15

PDF erstellt am: **26.09.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

**WETTBEWERBE.**

**Schulhausanlage in Höngg** (Bd. 100, S. 321). Das Preisgericht (Architekten H. Herter, F. Hiller, O. R. Salvisberg, H. Wiesmann) hat unter 142 Entwürfen folgende mit Preisen ausgezeichnet:

- I. Preis (3000 Fr.), Entwurf von Arch. Dr. Roland Rohn, Zürich.
- II. Preis (2200 Fr.), Entwurf der Arch. Gebr. Bräm, Zürich.
- III. Preis (2000 Fr.), Entwurf der Architekten J. Rüegg und E. Bosshard, Zürich.
- IV. Preis (1600 Fr.), Entwurf von Arch. Bruno Witschi, Höngg.
- V. Preis (1200 Fr.), Entwurf der Arch. Karl Egenger und W. Müller, Mitarbeiter Arch. Bruno Giacometti, Zürich.

Angekauft wurden drei Projekte für insgesamt 2000 Fr.

Die Planausstellung in der Turnhalle und im Schulhaus Höngg ist nur noch bis und mit Ostermontag den 17. April täglich von 10 bis 12 h und 13.30 bis 19 h geöffnet.

Für den vorstehenden Text-Teil verantwortlich die Redaktion:  
CARL JEGHER, G. ZINDEL, WERNER JEGHER, Dianastr. 5, Zürich.

**MITTEILUNGEN DER VEREINE.****S. I. A. Mitteilung der Wettbewerbskommission.**

Wir warnen dringend vor der Teilnahme an einem Wettbewerb für die neue katholische Kirche in Fontenais (Berner Jura), der in allen Teilen den Grundsätzen des S. I. A. widerspricht. Es existiert weder ein Programm noch ein Preisgericht.

Der Obmann der W. K.

**S. I. A. Zürcher Ingenieur- und Architekten-Verein. Aus dem Protokoll der X. Sitzung vom 8. März 1933.**

Die Sitzung wird vom Präsidenten Arch. Hans Näf um 20.20 Uhr eröffnet. Nach der Begrüssung des Referenten und der ungefähr 60 Mitglieder und Gäste teilt er mit, dass im Protokoll der Sitzung vom 25. Januar, das am 4. März in der S. B. Z. erschienen ist, das Diskussionsvotum von Ing. P. Sturzenegger dahin richtigzustellen ist, dass Sturzenegger das Schweissen für dynamischen Einflüssen ausgesetzte Stahlkonstruktionen nicht grundsätzlich abgelehnt hat, sondern nur zur Vorsicht in der Anwendung des Schweissverfahrens mahnte. Ferner dankt der Präsident für die Einladung der Maschineningenieurgruppe der G. E. P. zum Vortrag von Prof. Hch. Frick über «Mensch und Technik». Die allgemeine Umfrage wird nicht benützt, so dass Dr. J. Caglianuti, Zentralpräsident des Schweiz. Baumeisterverbandes, das Wort zu seinem Vortrag erhält:

**Die Vierzigstundenwoche.**

Als Abschluss des Weltkrieges wurde der Völkerbund zur Sicherung des politischen, das Internationale Arbeitsamt (I. A. A.) zur Sicherung des sozialen Friedens errichtet. Das Amt führte die 48-Stundenwoche ein, wodurch ein altes Postulat der Arbeiterschaft erfüllt war. Die Durchführung erfolgte in einer Zeit steigender Preise, so dass der Bruch im Produktionsprozesse überbrückt werden konnte.

Heute haben wir als Folge der Krisis über 30 Mill. Arbeitslose, einen gewaltigen Lohnausfall, der in Deutschland 9%, in England 7,3% des Einkommens beträgt. In der Schweiz werden die Ausgaben für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Bund, Kantonen und Gemeinden über 100 Mill. erreichen. Diese Verhältnisse lösen überall politische und soziale Spannungen aus, während wir als Gegenstück Ueberfluss an Rohstoffen, gesteigerte Produktionsmöglichkeiten, grosse Lagerbestände und fallende Preise haben.

Das I. A. A., von den Gewerkschaften gedrängt, hat als Heilmittel gegen die Krisis die Einführung der 40-Stundenwoche vorgeschlagen; in Amerika glauben die Anhänger der Technokratie sogar mit 16 Wochenstunden für die Lebensjahre 25 bis 45 auszukommen. Die gewerkschaftliche Theorie erklärt die Krisis als Folge der technischen Fortschritte, denen die entsprechenden Lohnerhöhungen nicht folgten. So bildete sich das Kapital rascher und konnte für neue technische Verbesserungen verwendet werden, während die Kaufkraft der Masse zurückblieb. Es entstand auf der einen Seite Ueberproduktion und Absatzstockung und auf der anderen Unterkonsumation (ehernes Lohngesetz). Diese Erklärung der Krisis durch technologische Ursachen ist wohl klar, aber allzu einfach.

Der Bericht des I. A. A. auf der ausserordentlichen Tagung vom Januar 1933 anerkennt, dass man die Frage jetzt weder erschöpfend noch definitiv behandeln könne; in früheren Sitzungen des Verwaltungsrates waren auch eine Reihe von anderen Ursachen in den Vordergrund gestellt worden. Trotzdem verschreibt er sich vollständig der gewerkschaftlichen These. Die Leistungen pro Arbeiter (falsch, soll heissen pro Betriebsleistung) seien in Deutschland bis 67%, England und Schweden bis 26 und in den

Vereinigten Staaten bis 163% gestiegen. Diese Statistik ist aber unkontrollierbar und betrifft nur einzelne Schwerindustrien. Als Ursachen des Fortschrittes werden die methodische Verwendung der wissenschaftlichen Forschung, die Konzentration, bauliche Verbesserungen, die Mechanisierung des Produktions-Umlaufprozesses, die Standardisation und die bessere Selektion der Arbeiter bezeichnet. Die technologische Arbeitslosigkeit, die in Deutschland allein eine Million Arbeitslose geschaffen haben soll, führt zum Dilemma: weitere Steigerung der Güterproduktion oder ihre Beschränkung durch Schaffung grösserer Freizeit für die Arbeiter oder die Synthese beider. Der Bericht führt als Anhänger der 40-Stundenwoche die Industriellen Agnelli, Bat'a, Bosch und Brown an.

Theoretisch ist die Rechnung einfach. Bei Verkürzung auf die 40-Stundenwoche können 20%, auf 36 Wochenstunden  $\frac{1}{3}$  mehr Arbeiter in den Produktionsprozess eingeschaltet werden. In Wirklichkeit arbeiten heute schon die Hälfte mit reduzierter Arbeitszeit, so dass nur 10% frei würden, aber auch diese Rechnung stimmt nicht. Die gewerkschaftliche Argumentation stützt sich bloss auf technische Erwägungen und übersieht die wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, namentlich aber auch die Kostenfrage. Der Vorschlag des I. A. A. muss von Anfang an Ausnahmen machen: Betriebe unter 10 Arbeitern, die Landwirtschaft und das kaufmännische Personal werden ausgeschieden, letzteres mit der Begründung, dass hier «Leistung nicht immer gleich Arbeitszeit» sei.

Der Bericht des I. A. A. ist weder gründlich noch überzeugend und erfuhr an der Januar-Konferenz in Genf scharfe Kritik. Die Verhandlungen führten dort nicht zu einer Abklärung, obwohl schliesslich ein Mehrheitsbeschluss zustande kam, der diesjährigen internationalen Arbeitskonferenz die Ausarbeitung eines Abkommens auf Einführung der 40-Stundenwoche als Krisenmassnahme zu empfehlen. Der Besuch war schwach, denn von 58 Mitgliedstaaten fehlten 23 und 19 waren unvollständig, Russland und die Vereinigten Staaten fehlten. Die Arbeitnehmer setzten sich für die 40-Stundenwoche ein, die Arbeitgeber waren geschlossen dagegen. Bei den Regierungen war England entschieden dagegen, Spanien ebenso sehr dafür, und dazwischen lagen Zustimmungen in allen Nüancen mit den verschiedensten Wenn und Aber. Die Konferenz konnte sich vor der Tatsache nicht verschliessen, dass noch kein Grosstaat das Washingtoner Abkommen (48-Stundenwoche) angenommen hat, ebensowenig wie die Abkommen über die Nacharbeit in den Bäckereien (1925), die Arbeitszeit für das kaufmännische Personal (1930) und in den Kohlenbergwerken (1931). China, Siam, Indien arbeiten heute noch gemäss Washingtoner Abkommen 60 Wochenstunden, Japan 57 Wochenstunden. Seit dem Krieg ist der Anteil Asiens an der Verarbeitung der Baumwolle von 19% auf 37% gestiegen, und Europa verarbeitet mit 64% der Spindeln nur 40% des Rohstoffes. Der verstorbene A. Thomas drang deshalb besonders auf strenge Durchführung der 48-Stundenwoche und hatte ein grosses Programm für Ausführung öffentlicher Arbeiten.

Krisis und Arbeitslosigkeit sind nicht bloss Folgen der Technokratie. Der technische Fortschritt ist auch nicht Selbstzweck, sondern soll die Konkurrenzfähigkeit und die Rentabilität sichern, wo menschliche Arbeitskraft zu teuer ist. Der Kostenpunkt steht im Zentrum aller Massnahmen. Die Arbeiterschaft will aber die Kürzung mit Lohnausgleich und weicht ebenso wie der Bericht des I. A. A. der Kostenfrage aus. Sie stützt sich auf die heute sogar in Amerika nicht mehr als Heilmittel betrachtete Kaufkrafttheorie, die die primäre Rolle der Produktion vergisst und fälschlicherweise das Einkommen voranstellt. Dazu kommen praktische Hindernisse wie Standort der Industrie und der Arbeiter, Gebundenheit an das Vorkommen der Rohstoffe, Unmöglichkeit der Verteilung der Aufträge auf nationalem und internationalem Boden. Die wichtigsten Krisenursachen hängen mit der Technologie überhaupt nicht zusammen, wie die Auswirkung des Weltkrieges, die neuen Staatenbildungen, die gegenseitigen Absperungsmassnahmen, die Inflation und Währungsschwierigkeiten, der Uebergang überseeischer Länder zur Industrie, der Zerfall der landwirtschaftlichen Produktionspreise und die Eingriffe des Staates auf allen Gebieten. Diese Ursachen werden durch die mechanische Kürzung der Arbeitszeit und Aufteilung der Aufträge nicht beseitigt. Die Arbeitszeit dient in erster Linie dem Warenmarkt und nicht dem Arbeitsmarkt.

Die Stellung der Schweiz gegenüber dem Genfer Vorschlage muss zurückhaltend sein. Die Erfahrungen mit der 48-Stundenwoche raten zur Vorsicht, denn in unserem Land als Binnenland ohne Bodenschätze bildet die Arbeitskraft den Hauptreichtum, auf den wir nur nach gründlicher Ueberlegung und Sicherung vor den Folgen teilweise verzichten dürften. Die Wirkungen einer gesetzlichen 40-Stundenwoche wären überdies bei uns gegenwärtig gering, denn in der Textil-, Maschinen-, Uhren- und Stickereiindu-

strie besteht bereits fast überall eine verkürzte Arbeitszeit, und im Baugewerbe wird der Arbeitsmarkt durch Erschwerung der Einreise geregelt. Die Verteilung der Arbeitslosen wäre bei uns wegen Verschiedenheit in Sprache, Klima etc. überdies fast undurchführbar. Die Einführung der 40-Stundenwoche müsste sich deshalb bei uns mehr als Verteuerung und Desorganisation der Produktion auswirken. Der Lohnausgleich könnte wegen des hohen technischen Standes der meisten Anlagen nicht ausgeglichen werden. Vielfach wären Neubauten und neue Installationen notwendig oder an anderen Orten könnten die auf normale Produktion eingestellten, häufig sehr teuren Installationen nicht voll benutzt werden. Beispiel: einzelne Maschinenfabriken, Ziegeleien, Bauplatz, Schreinereien, Saisonbetriebe, Transportgewerbe. Technisch könnten die Schwierigkeiten schliesslich gemindert werden, aber nur unter erhöhten Produktionskosten. Die Einführung des Schichtenbetriebes als Folge würde sich auf das Familien- und Volksleben ungünstig auswirken.

Die Befreiung der Kleinbetriebe unter 10 Arbeitern wäre bei unserer mittelständischen Schichtung von Industrie und Gewerbe, die unsere Stärke ist, untragbar. Von 802 000 Betriebsinhabern und Arbeitern in Industrie und Gewerbe arbeiten 255 000 in 105 000 Betrieben unter 10 Arbeitern und nur 298 000 Arbeiter in Betrieben über 100 Mann. Von den 402 000 Beschäftigten in Handel und Verkehr stehen die meisten in Kleinbetrieben. Bei dieser Schichtung brächte die Differenzierung unenträglich Konkurrenzverhältnisse, Erweiterung der Kluft zwischen Stadt und Land, Vermehrung der Schwarzarbeit und eine weitere Abwanderung aus der Landwirtschaft.

Wir sollten daher mit England dafür eintreten, dass die hinsichtlich Lohn und Arbeitszeit zurückgebliebenen Länder nachkommen. Anstatt der schematischen Gleichmachung verschiedener Verhältnisse sollte nach Anregung von P. Renggli, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, eher eine Ordnung durch Verständigung zwischen gleichgearteten Industrien Platz greifen. Unsere Krisis geht auf den Rückgang des Exportes zurück; hier wird die Konkurrenzfähigkeit nicht hergestellt, wenn wir bei unserem hohen Lohnniveau die Differenzen in den Produktionskosten noch vergrössern. Hüten wir deshalb unsere einzige Kraftquelle. Der Bericht selber bemerkt, die Verkürzung erfolge nicht wegen übertriebener Dauer der 48-Stundenwoche, wegen Müdigkeit oder Mangel an freier Zeit. Wir haben eine strenge Gesetzgebung in der Eidgenossenschaft und in den Kantonen und besonders eine strenge Durchführung. Nirgends ist man weiter gegangen. Warten wir deshalb ruhig die natürliche Entwicklung ab. (Autoreferat.)

Der Präsident dankt dem Referenten für den aufschlussreichen, mit grossem Beifall aufgenommenen Vortrag und eröffnet die Diskussion.

Priv.-Doz. A. Walther stellt einige Betrachtungen an über den Einfluss der 40-Stundenwoche auf die Produktionskosten. Wenn der Wochenverdienst des Arbeiters bei 48 Stunden auch bei 40 Stunden der gleiche sein soll, erhöhen sich natürlich die Lohnkosten der Arbeitsstunde. Eine vermehrte Stundenleistung ist durch die Reduktion der Arbeitszeit kaum zu erwarten, sie würde übrigens die Absicht der Befürworter der 40-Stundenwoche, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, illusorisch machen. Aber auch wenn der frühere Stundenlohn beibehalten wird, ist eine Erhöhung der Produktionskosten zu befürchten, weil die Betriebe nicht mehr voll ausgenutzt sein werden. Die festen Kosten, die sehr gross sind, verteilen sich dann auf weniger Arbeitsstunden, die Stundenkosten werden höher. Nur wenige industrielle Betriebe werden in der Lage sein, bei vierzigstündiger Arbeitszeit des einzelnen Mannes eine 48 stündige Betriebszeit aufrecht zu halten, jedenfalls müsste sich der Wechsel der Arbeiter langfristig vollziehen, der einzelne Mann hätte beispielsweise innerhalb fünf Wochen 40 Stunden hintereinander auszusetzen. Bei der gegenwärtigen Kurzarbeit wird das Aussetzen der Leute bereits vielfach so geregelt. Wenn die 40-Stundenwoche eingeführt würde, müsste man sich überlegen, wie die Woche einzuteilen ist; diese kurze Arbeitszeit auf sechs Wochentage zu verteilen, wäre nur in seltenen Fällen richtig, besser wären fünf Tage zu acht Stunden; ob nur vier Tage mit 10 Stunden noch günstiger wären, müsste im Einzelfall untersucht werden. Ob die heutige Einteilung der 48-Stundenwoche in 5½ Arbeitstage zweckmässig ist, ist fraglich; der Sprechende kommt immer mehr zu der Ueberzeugung, dass fünf Tage zu 9½ Stunden in verschiedener Hinsicht besser wären. (Autoreferat.)

Ing. P. Real äussert sich folgendermassen: Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit zur Behebung der Arbeitslosenkrise darf man nicht nur vom eigenen Standpunkt aus beurteilen. Man muss trachten, es in seinen grossen Linien zu erfassen und vorerst die Schwierigkeiten, die seine Lösung bietet, nicht allzusehr auf sich einwirken zu lassen. Unsere grosse und alles dominie-

rende Aufgabe ist, daran mitzuwirken, dass die Arbeitslosen wieder in den Arbeitszyklus zurückkehren können. Die modernen technischen Betriebsmittel sind so sehr leistungsfähig, dass alle arbeitsfähigen Leute bei intensiver 48 stündiger Wochen-Arbeit viel mehr produzieren, als konsumiert werden kann. Es ist nicht möglich, den technischen Fortschritt auszuschalten oder rückwärts zu drehen. Das wäre aber auch gar nicht im Interesse der Menschheit. Wir müssen nicht eine Erschwerung der Güterproduktion anstreben, sondern eine bessere, alle erreichende Verteilung der erzeugten Güter.

Wenn wir nun erkennen, dass es unbedingt anzustreben ist, die 30 000 000 Arbeitslosen wieder zur Arbeit zurückzubringen, und wenn wir andererseits zugeben, dass mit den modernen technischen Hilfsmitteln in 48 Stunden Wochen-Arbeit mehr erzeugt werden kann, als wir verbrauchen können, so ist die logische Folge davon, weniger lang als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten. Beim heutigen Geldwert werden durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Gestehungskosten frankenmässig erhöht. Diese Kostenerhöhung spielt aber im Vergleich zur Rückbringung der Arbeitslosen zur Arbeit eine untergeordnete Rolle. Auch vom kommerziellen Standpunkt aus ist die verkürzte Arbeitszeit zur Behebung der Arbeitslosenkrise zu wünschen. Solange in gewissen Ländern solch grosse Arbeitslosigkeit herrscht, werden die alles ruinierenden, staatlichen Hindernisse gegen den internationalen Handel und Verkehr nur schwer abgebaut werden können. Ohne viel freieren Handel und Verkehr kommt aber der internationale Handel, auf den die Schweiz ganz besonders angewiesen ist, nicht mehr in vollen Fluss. Die für Arbeitslosenunterstützungen ausbezahlten Beträge erreichen ausserordentlich hohe Summen. Diese müssen aus dem noch vorhandenen Volksvermögen und aus dem stark eingeschränkten Erwerb der noch Arbeitenden herausgeholt werden. Die Last verteilt sich auf immer weniger Schultern, bis in nicht allzu ferner Zeit der ganze Wohlstand vernichtet ist. Durch sukzessive Arbeitszeitreduktion und gleichzeitigen Abbau der Arbeitslosenunterstützungen dagegen werden die Lasten des Lebensunterhaltes wieder auf alle arbeitsfähigen Leute verteilt.

Die Arbeitszeitreduktion muss staatlich geregelt werden. Wenn wir erkennen, dass dies in der heutigen Krise und Mechanisierung der Wirtschaft eines der ersten Mittel ist, um allgemein die Betriebe am Leben zu erhalten, und wenn wir dann alle selber diese Bewegung wollen und unterstützen, dann kann die Verkürzung der Arbeitszeit ohne allzu grosse Schwierigkeiten durchgeführt werden. Gegen renitente Aussenseiter, seien es Staaten oder Einzelunternehmer, wird man sich dann besser schützen können als heute, da viele eine staatliche Regulierung der Arbeitszeit überhaupt ablehnen. (Autoreferat.)

Arch. H. Fietz berichtet von einem Lösungsversuch im Kleinen, den er selbst mit Unterstützung der Gesellschaft für Volksskunde begonnen hat und mit gutem Erfolg weiterführt. Es wurde ein Bureau gegründet, das 40 bis 60 Techniker zu einem Lohn von 12 Fr. im Tag beschäftigt. Die Arbeit besteht in der Aufnahme von Gebäuden zur Hausforschung und in der Verarbeitung der Aufnahmen. Es sollen auch statistische Arbeiten durchgeführt werden zur Sammlung von Bauerfahrungen, die auf diese Weise erhalten und verwendet werden können. Arch. Fietz appelliert an den S. I. A., sich für das Unternehmen zu interessieren.

Arch. H. Schürch spricht für den Lohnausgleich, die Reduktion der Unkosten und der Zinsen für Baufinanzierung; er verlangt vom Kapital Entgegenkommen.

Prof. H. Jenny berichtet über die Erfolge der Fietz'schen Hilfsstelle, wo die Beschäftigten mit grosser Freude arbeiten. Auch durch Sammeln und Mitteilen von Bauerfahrungen können für die Baupraxis wertvolle Grundlagen geschaffen werden. Es sollen schlechte und gute Erfahrungen mitgeteilt werden; die Mitarbeit aller Kollegen ist dazu nötig.

In seinem Schlusswort weist der Referent nochmals auf die nüchterne Wichtigkeit der Arbeitszeitfrage hin. Die Verkürzung der Arbeitszeit zieht starke Folgen nach sich, es müssten alle Faktoren der Kostenvermehrung vermieden werden. Die schweizerische Industrie ist in den letzten Jahren stark zurückgedrängt worden. Die 48-Stundenwoche, an die sich die Schweiz unter allen Staaten am strengsten gehalten hat, setzte sich trotz dem Beschluss des Internationalen Arbeitsamtes in andern Staaten nicht durch. Zeuge dafür ist Albert Thomas selbst. Es handelt sich für die Schweiz mehr denn je um die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande.

Der Präsident dankt Dr. Cagianut für seine wertvollen Ausführungen, wie auch den Diskussionsrednern für ihre Beiträge, im besonderen Arch. Fietz für seine erfolgreiche Arbeit zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Techniker, und schliesst die Sitzung um 22.15 h. Der Aktuar: A. Gradmann.